
Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 10.10.2023**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 10.10.2023, 16.30 Uhr mit 8 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellte außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.08.2023

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Niederschrift wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit führte aus, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sagte, dass keine schriftlichen Anfragen von Bürgern vorlagen. Er fragte, ob anwesende Bürger eine Frage stellen möchten.

Ein Bürger meldete sich und fragte Folgendes:

1. Frage

„Was haben Sie konkret als Stadträte unternommen, dass diese Beschlüsse umgesetzt werden und wann ganz konkret gibt es denn jetzt die Antworten. Beim Ausschuss am 19.04.2023 machte ich hier auf die verheerende Qualität der Antworten auf die Bürgeranfragen aufmerksam. Herr Horváth wollte sich darum kümmern. Nach mehr als 6 Wochen erhielt ich die Nachricht, dass die Frage zur Beantwortung ans Fachamt weitergeleitet wurde. Soviel Zeit benötigt man, um festzustellen, dass man selbst nicht in der Lage ist, zu antworten. Man kann das Fachamt dann auch nicht selbst um die Antwort bitten, und diese dem Bürger zukommen zu lassen. Das Fachamt hat bis heute nicht geantwortet. Fast 6 Monate später. Dies auf eine Anfrage zur Qualität auf die Antworten auf Bürgeranfragen. Auch die Frage zu den Einstellungen der Antworten auf Bürgeranfragen im Infoportal ist bis heute ebenfalls nicht beantwortet. Vielmehr werden immer noch die Fragen der Bürger durch die Verwaltung umgeschrieben. Auch die Niederschriften sind immer noch nicht einsehbar. Trotz erneuter Reklamation im Hauptausschuss. Auch das hat nichts gebracht. Ich kann doch nicht die Fragen nur über die Niederschrift beantworten, diese nicht einstellen zur Einsicht für den Bürger. Und wenn der Bürger diese dann vor Ort einsehen will, 53,50 € verlangen für eine einzige Niederschrift. Hierzu gibt es Beschlüsse des Stadtrates. Laut KVG § 45: Die Vertretung überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse und sorgt dafür, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Hauptverwaltungsbeamten beseitigt werden.“

2. Frage

„Wie ganz konkret geht die Feuerwehr im Brandfall damit um: Immer mehr E-Autos rollen über die Straßen. Auch in Dessau. Das Problem ist nur, dass die Akkus im Brandfall nur sehr schwer zu löschen sind. Eigentlich müssten sie für 24 Stunden in einen Wassertank oder Behältnis. Dafür bräuchte man aber dann einige. Es kann ja sein, dass mehrere Elektroautos miteinander kollidieren. Vor allem, wie soll man brennende Autos dort hineinbekommen? Und sind diese Tanks dann transportabel oder bleiben die auf der Straße stehen und blockieren dann alles?“

3. Frage

Wie genau ist das Sicherheitskonzept der Stadt? Im Moment ist durch die Lage im Nahen Osten eine Sicherheitslage entstanden, die auch Dessau-Roßlau betreffen könnte. Im Oktober soll hier die Synagoge eröffnet werden.“

Herr Horváth fragte jetzt nach, welche gestellten Fragen der Bürger im Bürgerportal nicht finden konnte. Aus diesem Ausschuss oder anderen Ausschüssen.

Der Bürger antwortete hierauf, dass er die Antwort auf die Frage vom 19.04.2023 nicht finden kann. Er führte aus, dass dort Herr Horváth sagte, dass diese Frage in die Verwaltung weitergereicht wurde.

Herr Horváth sagte hierzu, dass alle Fragen, die der Bürger an die Verwaltung gestellt hatte, dem Bürger direkt zugegangen sind und somit auch beantwortet wurden. Die Fragen, die hier nicht sofort beantwortet werden, werden später im Bürgerportal eingestellt. Die Fragen, die hier in der Sitzung oder anderen Sitzungen beantwortet werden, können dem Protokoll entnommen werden. **Herr Horváth** führte weiterhin aus, dass das angesprochene Problem des Bürgers wohl sei, dass diese Niederschriften nicht eingestellt wurden und somit die Antworten nicht einsehbar sind. Das Stadtratsbüro, welches dafür zuständig ist, wird dies noch einmal prüfen und dann am Ende umsetzen. Der Oberbürgermeister hatte dies dem Bürger im letzten Hauptausschuss zugesichert, so **Herr Horváth**.

Der Bürger betonte, dass er dies bereits am 19.04.2023 moniert hatte. Inzwischen sei ein halbes Jahr vergangen. Des Weiteren sagte er, dass er im November oder Dezember 2022 etwas für den Kulturausschuss abgegeben habe. Die Fragen seien allerdings nicht einmal vorgetragen worden. Ob die Fragen über die Niederschrift beantwortet wurden, kann er nicht sagen, da er diese nicht einsehen kann. Er sagte, dass der Bürger sicher weigere, für eine Niederschrift 53,50 € zu zahlen, um seine Antworten einzusehen.

Herr Horváth sagte, dass er dies nochmals mitnehmen und auch prüfen werde, damit die zeitnahe Veröffentlichung entsprechend der Fristen erfolgt.

Zur Frage mit den E-Autos führte **Herr Horváth** aus, dass darüber bereits in einem der letzten Ausschüsse gesprochen wurde. Er bat den anwesenden **Herrn Lange-Lippmann vom Amt 37** um eine kurze Beantwortung der Frage.

Dieser antwortete wie folgt:

Auf das Einsatz-Szenario Elektrobrand ist die Feuerwehr vorbereitet. Ein Abrollcontainer ist vorhanden, der mit einer Plane ausgelegt wird und dann auch mit Wasser gefüllt werden kann, um bei einem Einsatz die Batterien des Elektroautos weiterhin kühlen zu können. Ebenfalls ist ein Ladekran vorhanden, um das Fahrzeug in den Container zu heben. Vor ca. 1 ½ Jahren wurde eine erfolgreiche Übung in einem Autohaus durchgeführt, so **Herr Lange-Lippmann**. Sollten mehrere Elektroautos in Brand geraten, könnten auch diese von der Feuerwehr unter Kontrolle gehalten werden. Die Aufbewahrung der Batterien kann für 24 – 48 Stunden gewährleistet werden.

Zur 3. Frage des Bürgers fragte **Herr Horváth** nach, ob er das allgemeine Sicherheitskonzept der Stadt im Hinblick auf die politische Lage meinte oder ein Sicherheitskonzept bezogen auf die Eröffnung der Synagoge.

Der Bürger sagte, dass sicherlich eine feierliche Eröffnung der Synagoge erfolgen wird, bei der verschiedene Personen eventuell aus der höher gestellten Politik erscheinen werden.

Herr Horváth sicherte ihm eine schriftliche Antwort zu.

Ein weiterer **Bürger** meldete sich zu Wort und fragte Folgendes:

1. Frage

„Ich hatte im Januar 2023 zwei Anzeigen erstattet. Da keine Reaktion darauf erfolgte, habe ich am 03.04.2023 eine Nachfrage bei Herrn Horváth mündlich gestellt, was denn nun mit meinen Anzeigen ist und ob ich auf eine Antwort warten darf. Inzwischen sind bei mir auch 6 Monate vergangen. Auch ich habe bis heute keine Antwort erhalten. Was ich sehr erstaunlich finde als Umgangsweise der Stadtverwaltung mit Bürgerbeschwerden bzw. Anzeigen. Das nur mal so dahingesagt. Und meine erste Frage ist, ob ich denn darauf noch eine Antwort bekommen kann, ob ich darauf hoffen kann.“

2. Frage

„Und zweitens, wie denn die Stadt sich künftig in Punkto Brauchtumsfeuer, die ja vom Oberbürgermeister als solches deklariert wurden neuerdings, verhält. Und wenn ja, hätte ich gerne vielleicht mal einen Nachweis, dass es sich Tatsache um ein Brauchtumsfeuer handelt, wenn Weihnachtsbäume zu Hauf verbrannt werden und dadurch die Emissionen imitiert werden, also praktisch durch nichts zu rechtfertigen sind. Das große Thema ist heute Hitzeaktionsplan. Gehört das dann mit dazu, dass hier noch ordentlich weiter Feuer gemacht wird, damit die Erderwärmung noch schneller vorangeht, damit noch mehr Feinstaub in die Luft imitiert wird und damit die Gesundheit der Bürger gefährdet wird?“

Herr Horváth sagte hierzu, dass der angesprochene Sachverhalt nochmals geprüft werde.

Bzgl. der Handhabung der Weihnachtsbaumverbrennung in diesem Jahr wird eine Information an die Öffentlichkeit erfolgen, so **Herr Horváth**. Des Weiteren betonte **Herr Horváth**, dass dies nicht Bestandteil des Hitzeaktionsplanes sei.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit führte aus, dass zunächst eine Information über das Thema

„Rattenproblematik in der Stadt“ erfolgt, bevor über die Entwicklung des Hitzeaktionsplanes der Stadt gesprochen wird.

Herr Kellner, Fraktion der CDU sagte dazu, dass man bei der Beschließung der Tagesordnung den Punkt hätte mit aufnehmen können, um sich nicht angreifbar zu machen. Des Weiteren merkte er an, dass im Session-Net nicht alle Abstimmungsergebnisse von vorhergegangenen Ausschüssen zu Beschlussvorlagen immer ersichtlich seien. Er war der Meinung, dass es möglich sein muss, die Abstimmungsergebnisse nach 4 Wochen einsehen zu können.

Des Weiteren fragte **Herr Kellner** nach, ob es eine Mülleimerkartierung gäbe oder eine Aufstellung, wo neue geplant sind.

Weiterhin erkundigte sich **Herr Kellner** nach den Sirenen in der Stadt. Er schlug vor, die Frage schriftlich zu beantworten oder im nächsten Ausschuss einen Vortrag des zuständigen Amtes zu hören.

Herr Horváth sagte zu den Abstimmungsergebnissen in den Beschlussvorlagen, dass er dies nochmals mit in die Verwaltung nehme. Ebenso die Frage nach den Mülleimern. Zu der Anfrage mit den Sirenen sicherte **Herr Horváth** eine umfassende schriftliche Beantwortung zu, untersetzt mit den entsprechenden Zahlen. Er sagte weiterhin, dass bei dem allgemeinen Warntag alle Sirenen funktionierten und es eine Planung zur Installation von weiteren Sirenen auch in der Innenstadt gäbe.

Herr Jüling, Fraktion der CDU fragte nach der Parkplatzsituation in der Wolfgangstraße, direkt am Albrechtsplatz. Bis vor kurzem durfte man dort noch kostenlos parken. Jetzt befinden sich dort Parkuhren. Seitdem habe er beobachtet, dass auf dieser reinen Betonfläche keine Autos mehr parken. Er fragte nach, ob es vielleicht möglich wäre, dass die Anwohner dort kostenfrei parken können, denn vor dem Neubau des Albrechtsplatzes war ein Parken vor den Häusern möglich, so **Herr Jüling**.

Herr Horváth wird dies prüfen lassen.

Herr Fricke, Fraktion der SPD ist ebenfalls der Meinung, dass es ärgerlich sei mit den Abstimmungsergebnissen in den Beschlussvorlagen. Vor einigen Zeiten wurde diesbezüglich bereits beim Sitzungsdienst nachgefragt. Von dort aus wurde zugesagt, dass zur Sitzung des Stadtrates dann immer alle Ergebnisse aus den Ausschüssen vorliegen.

Dann sprach **Herr Fricke** das Thema Wildschweine an. Im Gewerbegebiet Mitte Argenteuler Straße hinüber zur Seelmannstraße hat sich eine Wildschweinrotte angesiedelt. Eine Anwohnerin hatte sich bereits an die Stadt gewandt und ein Video mitgeschickt. Vor dem Wohngrundstück der Bürgerin war eine Rotte von 13 Wildschweinen zu sehen. Nach Rücksprache mit dem Stadttjäger, der dies bestätigte, erfuhr **Herr Fricke** auch, dass es ein weiteres Problem gäbe. Auf dem Gelände der

Gärtnerei Kellner in der Großen Schaftrift wurde eine Begehung durch den Stadtjäger zusammen mit den Begehungsberechtigten durchgeführt. Dort hat man 44 Tiere gezählt. Die Wildschweine haben dort gute Lebensbedingungen, so **Herr Fricke**. Es gibt ein zugewachsenes Wasserrückhaltebecken. Er sagte, dass dort einmal alles heruntergeschnitten und gemulcht werden müsste. Zuständig für dieses Becken ist die DESWA, die sich auch darum kümmern wollte. Allerdings stellte sich dann heraus, dass eine Sperrung der B 185 (Argenteuler Straße) erforderlich sei, da bei den Arbeiten die Wildschweine auf die Bundesstraße laufen würden. Die Polizei könnte die Absperrung vornehmen, die allerdings 8.000,00 € kosten würde. Im Moment passiert seit Monaten nichts mehr, so **Herr Fricke**. Er stellte weiterhin fest, dass dort alle anderen Sachen prinzipiell im Argen zu liegen scheinen. Der Stadtjäger erklärte ihm, dass eine Abschussgenehmigung für den urbanen Bereich gefordert ist, die ein Jahr gilt. Sieht der Stadtjäger ein Wildschwein, muss er einen Antrag stellen, dass er eine Anordnung zur Jagd von seiner Amtsleitung erhält. Dies dauert ca. 2 Wochen, so **Herr Fricke**. Im Zweifel ist das Wildschwein nach 2 Wochen nicht mehr da, so der Stadtjäger. **Herr Fricke** fragte nunmehr nach, ob es eine Möglichkeit gäbe, in diesem speziellen Fall mit den 44 Tieren im Gewerbegebiet Mitte, etwas zu unternehmen.

Des Weiteren regte **Herr Fricke** an, in der nächsten Sitzung Herrn Mitsching als Kreisjägermeister einzuladen, damit dieser aus seiner Sicht schildert, wie es um die Schwarzwildbejagung in der Stadt aussieht. Er schlug weiterhin vor, den Stadtjäger, Herrn Tietz auch einzuladen, damit dieser eine Darstellung davon gibt, wo die Probleme liegen. Vielleicht kann man so Ansatzpunkte zur Abhilfe finden.

Herr Horváth dankte Herrn Fricke für die Ausführungen und sprach sich ebenfalls für eine Einladung der entsprechenden Akteure zu den Sitzungen aus.

Zum Thema mit den 44 Wildschweinen fragte **Herr Horváth** Herrn Fricke, ob es hier um eine Ursachenbekämpfung oder eine Bekämpfung als solche ginge.

Herr Fricke antwortete hierauf, dass es um die Bekämpfung ginge. Er führte aus, dass die Untere Jagdbehörde und auch der Stadtjäger sagten, dass hier dringend etwas getan werden müsste. Man komme aber nicht voran, da die Kosten für die Sperrung der Bundesstraße zu hoch seien. Dieser Verfahrensstand wurde **Herrn Fricke** von verschiedenen Seiten berichtet.

Herr Horváth wird das Thema mitnehmen und die Zuständigkeiten prüfen lassen.

Herr Fricke bat um zeitnahe Antwort und Einladung der zuständigen Akteure.

Herr Ratzmann, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) fragte nach, ob die öffentliche Toiletteneinrichtung bis zur Eröffnung des Weihnachtsmarktes ertüchtigt werden kann.

Herr Horváth sagte, dass der Betreiber des Weihnachtsmarktes sicherlich Vorkehrungen zur Nutzung treffen wird. Er wird die Angelegenheit prüfen und eine schriftliche Antwort geben.

Nun führte **Herr Horváth** aus, dass in letzter Zeit vermehrt Meldungen über die Sichtung von Ratten bei der Stadtverwaltung eingegangen seien. Er sagte, dass sich die Stadt dem Problem angenommen hat. Frau Erxleben als Leiterin des Gesundheitsamtes hat bereits entsprechende Runden einberufen und es sind erste Maßnahmen auch festgesetzt worden, wie damit weiter umzugehen ist, um letztlich dagegen vorzugehen.

Frau Erxleben, Leiterin des Gesundheitsamtes stellte nunmehr das Konzept der Rattenproblematik anhand einer Präsentation vor, die als **Anlage** dieser Niederschrift beigefügt ist.

Herr Kellner dankte Frau Erxleben für ihre Ausführungen. Er sprach die katastrophale Müllsituation in der Heidestraße an und fragte, ob man auf irgendwelche Studien z. B. vom Umweltbundesamt warte.

Frau Erxleben verneinte dies und sagte, dass das Umweltbundesamt eine Studie nutzt, die ursprünglich von der Uni Kiel begleitet und mit Kiel abgestimmt worden sei. Die Stadt Kiel hat diese Kampagne für sich aufgegriffen und stellt die Infomaterialien kostenfrei zur Verfügung, die auch die Stadt Dessau-Roßlau nutzt, so **Frau Erxleben**.

Jetzt sprach sich **Herr Jüling** für die Anschaffung von gelben Tonnen für die Stadtgebiete aus, die noch gelbe Säcke nutzen.

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau hatte gelesen, dass das Projekt Rattenmanagement nur auf Maßnahmen hinauslaufe, die die Bevölkerung treffen soll. Also, dass die Bürger den Müll erst hinausstellen, wenn die Müllabfuhr kommt.

Frau Erxleben antwortete hierauf, dass die Kampagne zur Aufklärung genutzt wird. Für die Stadt soll ein Maßnahmenplan aufgestellt werden. Ihrer Meinung nach, wird man auch Gift einsetzen müssen. Sie führte auch andere Maßnahmen an, wie z. B. Verkleidung von Gullideckeln.

6.2 Entwicklung eines Hitzeaktionsplanes für Dessau-Roßlau

Frau Erxleben, Leiterin des Gesundheitsamtes stellte nunmehr die Entwicklung eines Hitzeaktionsplanes für Dessau-Roßlau anhand einer Präsentation vor, die als **Anlage** dieser Niederschrift beigefügt ist.

Herr Kellner, Fraktion der CDU sprach von seiner Teilnahme am Deutschen Städtetag Mitte des Jahres. Dort wurde u. a. auch ein Symposium zu diesem Thema

durchgeführt. Er fragte nach, ob man sich auch mit anderen Kommunen austausche. Er regte des Weiteren an, das Jugendamt und die Dekita mit einzubeziehen.

Die Anregung wird aufgenommen, so **Frau Erxleben**.

Herr Kaßner, Fraktion DIE GRÜNEN, FDP Neues Forum – Bürgerliste sagte, dass Straßen neu geplant werden, z. B. Johannisstraße oder F.-v.-Schill-Straße, aber um die Anpflanzung von zusätzlichen Bäumen muss gekämpft werden. Er ist dafür, dass die Straßen wieder grüner werden, damit es weniger Hitzeprobleme gibt. Er bat darum, dass das Gesundheitsamt bei eingehenden Bauvorlagen den Hinweis an die verantwortliche Dezernentin des Bauamtes gibt, an den Klima- und Hitzeschutz zu denken.

Herr Ratzmann, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) bestätigte, dass es unstrittig sei, dass durch extreme Hitze Lebensgefahr besteht. Er fragte nach, ob die Stadt einen Kälteaktionsplan hat. In Anbetracht der hohen Energiekosten könne doch Kälte auch zur Bedrohung werden, so **Herr Ratzmann**. Er führte aus, dass nach einer Statistik wohl mehr Kälte- als Hitzeopfer zu beklagen wären.

Frau Erxleben antwortete darauf, dass die Kälteopfer in den letzten Jahren mehr gezählt wurden. Statistiken für Hitze werden erst jetzt erhoben. Es gibt zwar Studien, aber keine Langzeitbetrachtung, so **Frau Erxleben**. Eine Kälteplanung gibt es nicht, so **Frau Erxleben**, weil es in dieser Phase andere Mechanismen gibt, die solche Problematiken aufgreifen. Sie führte aus, dass entsprechende Hilfen, wie z. B. Sozialhilfe, Bürgergeld etc., angeboten werden können.

Herr Kaßner sagte, dass es auch ein Erfassungsproblem sei. Einen Erkältungstoten erkennt man, da er erfroren ist. Hitze hat langfristige Auswirkungen. Viele ältere Menschen gehen zum Arzt mit Erscheinungen, die auch Vorerkrankungen beinhalten können u. ä., so **Herr Kaßner**. Er ist der Meinung, dass die Wahrscheinlichkeit in Deutschland zu erfrieren deutlich geringer ist, als Folgeschäden von Hitze zu bekommen.

Herr Kellner gab Herr Kaßner Recht, in der Stadt mehr Bäume zu pflanzen. Dies schließt allerdings das richtige Gießen ein.

7 Beschlussfassungen

7.1 Bestätigung der Aufgabenstellung und Bindungsermächtigung für die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Dessau-Roßlau Vorlage: BV/191/2023/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob es Einführungsbedarf in die Beschlussvorlage gäbe.

Herr Kellner, Fraktion der CDU sagte, er habe gelesen, dass es in der Vorlage um die Ertüchtigung der Siedlungen gehe. Er fragte, ob unter Siedlungen auch die Ortslagen / Vororte zu verstehen sind.

Frau Gelies, Amt 61 bejahte dies.

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Bebauungsplan Nr. 168 A1 "Biopharmapark Dessau" – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: BV/221/2023/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob es Einführungsbedarf zur Beschlussvorlage gäbe.

Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) war der Meinung, dass bei solchen Beschlussvorlagen die Reihenfolge so zu gestalten sei, dass die Ortschaftsräte, also sprich die Anwohner, als erstes gefragt werden. Dass dies aus Zeitgründen nicht immer möglich sei, ist ihm bekannt. Aber er bat trotzdem darum, zuerst mit den Bürgern die Vorlagen zu diskutieren.

Herr Horváth sagte hierzu, dass die Verwaltung bereits darauf achte. Allerdings haben die Ortschaftsräte oft zeitlich nachgelagerte Sitzungen. Wenn man das so umsetzen würde, würde sich die Beratungsfolge bzw. Beschlussfassung bis zu einem halben Jahr verschieben, so **Herr Horváth**. Die Regelung besagt, dass vor abschließender Beschlussfassung im Stadtrat, der Ortschaftsrat dann spätestens davor zu hören ist. Die Anregung wird aber mitgenommen, so **Herr Horváth**.

Herr Fricke, Fraktion der SPD sagte, dass in der Beschlussvorlage u. a. auf die Anlagen bzw. den Bebauungsplan (Anlage 2) und die dazu gehörenden Planbegründungen mit Umweltbericht in der Fassung vom 05.07.2023 (Anlage 3) verwiesen wurde. In der Beschlussvorlage wird unter dem Stichwort „Frühzeitige Beteiligung“ die historische Entwicklung dargestellt. Er zitierte: *„Auch die erforderlichen Fachgutachten (Anlage 3.1. bis 3.3.) und der Umweltbericht wurden erarbeitet.“* Hier wird kein Datum genannt, so **Herr Fricke**. Die Anlage 3.1. ist überschrieben mit „Relevanz faunistischer Daten (Erhebung 2016)“. In dem Gutachten eines Sachverständigen heißt es dort auszugsweise: *„In der Regel erfolgt die Erhebung und artenschutzrechtliche Bewertung relevanter faunistischer Daten zeitnah zum geplanten Eingriff bzw. den zu erwartenden Beeinträchtigungen. Sollte es wie im vorliegenden Fall zu einer Verzögerung der Planungen und somit des Eingriffs kommen, wird unter bestimmten Bedingungen ein Zeitraum von 5 Jahren (5-Jahres-Regel) als Grenze für die Verwertbarkeit faunistischer Daten in der Bauplanung toleriert.“* **Herr Fricke** führte aus, dass hier Bezug genommen wird auf ein Zitatnachweis von Trautner / Mayer 2021. In der Zusammenfassung des Gutachtens werden Darstellungen zum Bestand und Schutz der Fauna im Jahr 2016 und im Jahr 2021 gegeben. Er zitierte: *„Aus den*

obigen Ausführungen ergibt sich, dass im vorliegenden Fall nichts gegen die Anwendung der 5-Jahres-Regelung spricht und die bereits 2016 erhobenen faunistischen Daten sowie deren Bewertung zumindest im Jahr 2021 noch relevant für die derzeit laufenden Planungen sind.“

Herr Fricke merkte an, dass in der Beschlussvorlage auf die unterschiedlichen Daten hätte hingewiesen werden müssen. In der nächsten Beschlussvorlage sei dies der Fall. Aus dem Gutachten aus dem Jahre 2021 ergibt sich, dass die Feststellung des vorangegangenen Gutachtens aus dem Jahre 2016 maximal 5 Jahre unter bestimmten Voraussetzungen verwendet werden können, so **Herr Fricke**. Weiterhin führte er aus, dass dieses Gutachten aus dem Jahre 2021 sei. Der Gutachter führt als Obergrenze die 5-Jahres-Regel an. **Herr Fricke** fragte, ob dazu Feststellungen getroffen wurden, ob man das in diesem Fall auch abweichend von der 5-Jahres-Regel 7 Jahre lang zugrunde legen kann, wurden ergänzende Betrachtungen angestellt und wenn nein, warum nicht.

Herr Horváth sagte hierzu, dass auf Seite 6 der Beschlussvorlage die enthaltenen Stellungnahmen mit den Anlagen aufgeführt sind.

Herr Fricke gab dem Ausschussvorsitzenden Recht.

Frau Gelies, Amt 61 führte aus, dass die Vorbereitung der Auslegung hier in enger Abstimmung mit dem Umweltamt erfolgt ist. Dort wurde auch erkannt, dass die 5-Jahres-Frist überschritten sei. Das Umweltamt hat im Vorfeld in der Abstimmung der Vorlage der Fortführung der Planung mit zugestimmt. Die öffentliche Beteiligung verursacht auch nicht unmittelbar den Eingriff, sondern letztendlich erst durch die Planfeststellung bzw. die Beschlussfassung über den Bebauungsplan, der nach der Beteiligung frühestens und der Abwägung, die danach folgt, gefasst werden würde, entsteht erst das Baurecht, das hier geschaffen wird, so **Frau Gelies**.

Herr Fricke fragte nach, was das Umweltamt inhaltlich dazu sagte und warum von dieser 5-Jahres-Regel abgewichen werden soll oder nach Ansicht des Umweltamtes nun anscheinend dürfen / sollen. Er gab Frau Gelies Recht, dass heute keine Baumaßnahmen beschlossen werden und kein Bebauungsplan etc. Aber er ist der Meinung, dass die Punkte geklärt sein müssen, weil das gerade ein Punkt sein kann, der im Rahmen der öffentlichen Beteiligung angewandt werden kann.

Frau Gelies konnte keine Auskunft über die Aussagen des Umweltamtes geben. Sie sagte, dass sich deren Einschätzung wahrscheinlich auch auf der Tatsache beruht, dass sich das Gelände in der Zwischenzeit nicht wesentlich verändert hat, was der Gutachter ja auch festgestellt hat.

Herr Fricke konnte nach Durchsicht der Unterlagen keine Antwort auf seine Frage hinsichtlich der Ansicht des Umweltamtes finden. Sicherlich wurde die Angelegenheit so durchgewunken mit den von Frau Gelies angeführten Argumenten, so **Herr Fricke**. Er bat um ergänzende Informationen im Stadtrat.

Herr Horváth nahm Bezug auf Seite 2 des Gutachtens aus dem Jahre 2021 und sagte, dass die 5-Jahres-Regel dort nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern eine Empfehlung sei. Im Gutachten steht, so **Herr Horváth**, dass es keine allgemeine gesetzliche Regelung gibt. Auf Seite 3 des Gutachtens, 2. Absatz steht: *„Die genannten Fakten zeigen, dass es sich hier nicht um ein Gebiet mit hoher naturschutzfachlicher Relevanz handelt und es daher legitim ist, hier die Standards nämlich mit seinerzeit erhobenen faunistischen Daten auch den aktuellen Planungen zugrunde zu legen.“* **Herr Horváth** ging davon aus, dass die Planungen im Jahr 2021 keine anderen sind, als die hier zur Beschlussfassung vorliegen.

Herr Fricke sagte hierzu, wenn es eine gesetzliche Regelung gäbe, wäre kein Gutachten erforderlich. Das Gutachten spricht diese 5-Jahres-Regel an. Die zitierte Stelle aus dem Gutachten ist zwar durchaus richtig, so **Herr Fricke**, aber immer bezogen auf das Jahr 2021 und nicht auf das Jahr 2023.

Daraufhin sagte **Herr Horváth**, dass nach seiner Wahrnehmung die Sachlage sich im Jahr 2021 nochmals angeschaut wurde. Diese hatte sich nicht geändert. Und wenn die Planungen so weiter geführt werden wie sie jetzt im Jahr 2021 sind, dann entspricht das diesen Standards. Er ist der Meinung, das zwei Jahre mehr keine Relevanz haben. Die Sachlage, auf die sich dieses Gutachten bezieht, ist in diesem 5-Jahres-Zeitraum. Und andere Planungen haben sich nicht ergeben.

Wenn man die Jahreszahlen anschaut und die 5-Jahres-Regel nimmt, ist der Sachverhalt eindeutig, so **Herr Fricke**. Er führte weiterhin aus, dass es ja richtig sein mag, dass sich jetzt im Jahr 2023 nichts verändert hat, aber das kann das Gutachten nicht betrachten, weil es 2021 erstellt wurde und nichts dazu sagen kann, wie es heute ist.

Herr Horváth wird dies mitnehmen.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau sagte, dass ihm das mit dem Datum ebenfalls aufgefallen sei. Er zitierte Seite 77 des Bebauungsplanes: *„Der rechtswirksame Bebauungsplan erlaubt derzeit eine maximale Versiegelung von ca. 55,2 ha.“* Er fragte nach, ob dies so bliebe oder eine Erhöhung der Versiegelung erfolgen wird.

Herr Kellner verließ 17.48 Uhr den Raum.

Frau Gelies antwortete hierauf, dass sie dies nicht so genau beantworten könne. Das Gelände wird optimiert. Es werden Gewerbeflächen, die außerhalb der Umfahrungsstraßen lagen, hereingenommen. Maßnahmeflächen, die im Geltungsbereich waren, werden nach außen verlegt. Dort gibt es im Süden / Südosten und auch östlich vom Waggonbaugelände Ersatzmaßnahmeflächen, wo diese Ersatzmaßnahmen die ursprünglich im bestehenden Bebauungsplan intern geplant waren, ausgelagert wurden. So dass die Erschließung des Gewerbe- und Industriegebietes hier konzentriert genutzt werden kann.

Herr Kellner betrat 17.50 Uhr wieder den Raum.

Herr Fessel fragte, ob nachträglich mehr versiegelt werden als 55,2 ha. Auf Seite 95 wird eine Biotopfläche von 6,8 ha erwähnt. Dort sind Ausgleichsflächen vorgesehen. Er fragte, ob diese mehr oder weniger bringen. Des Weiteren sagte er, dass Ausgleichsflächen in Dessau-Roßlau Braunsche Lache, Eschener Weg und Waldfrieden gemacht werden. Diese seien aber nur 2,7 ha groß, so **Herr Fessel**. Er fragte nach dem erwähnten Ausgleichskonzept.

Herr Jüling, Fraktion der CDU verließ 17.51 Uhr den Raum.

Frau Gelies sagte hierzu, dass in Anlage 4 alle umweltrelevanten Stellungnahmen mit aufgelistet seien und der Inhalt des Bebauungsplanes dieses Entwurfs soll den Umgang mit diesen Stellungnahmen auch zeigen. Die Ermittlung von Eingriff und Ausgleich ist auf den Seiten 105 ff. bilanziert und beschrieben, so **Frau Gelies**.

Herr Fessel sei aufgefallen, dass weniger Ausgleichsflächen erfolgen als jetzt bebaut werden. Er würde gern wissen, wie viele Flächen bebaut und wie viele Ausgleichsflächen geschaffen werden.

Herr Jüling nahm ab 17.53 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Frau Gelies führte aus, dass es jeweils zugeordnet sei, welche Bereiche dazu gehören. Und diese gehören mit zum Festsetzungsgehalt des Bebauungsplanes. Die Flächen sollen später im GIS öffentlich erkennbar sein, so **Frau Gelies**.

Herr Horváth bat Frau Gelies um Zuarbeit der gewünschten Übersicht an Herrn Fessel.

Dann stellte **Herr Horváth** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 1

7.3 **4. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau für die Ortschaft Rodleben im Bereich des Biopharmaparks – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung**
Vorlage: BV/222/2023/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob es Einführungsbedarf oder Anmerkungen in die Beschlussvorlage gäbe. Dies war nicht der Fall. Er stellte somit die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 1

**7.4 Beschluss über die 15. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau und die Aufstellung zum Bebauungsplan Nr. 229 "Stadteingang Ost – Mühleninsel" im Parallelverfahren
Vorlage: BV/233/2023/I-61**

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob es Einführungsbedarf in die Beschlussvorlage gäbe. Dies war nicht der Fall. Er stellte sodann die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 1

Danach wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit schloss die Sitzung 18.10 Uhr.

Dessau-Roßlau, 26.10.23

Stefan Horváth
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin